https://ansage.org/15-minuten-freigang-jetzt-soll-auch-hamburg-great-reset-musterstadt-werden/ 23.2.2023

15 Minuten Freigang: Jetzt soll auch Hamburg Great-Reset-Musterstadt werden

Keine zwei Monate ist es her, dass sich Mönchengladbachs SPD-Oberbürgermeister Felix Heinrichs damit rühmte, sogar Paris und anderen Weltmetropolen den Rang abgelaufen zu haben, was Planungen seiner Stadt zur Umsetzung der Globalisten-Zukunftsvision einer sogenannten „15-Minuten-Stadt" anbelangt. Seither sind vor allem linksgrün regierte deutsche Städte in einen regelrechten Überbietungswettbewerb eingetreten, ebenfalls zu Musterstädten des Great Reset zu werden.

Nun soll auch Hamburg nach dem Willen der dortigen Grünen zu einer solchen 15-Minuten-Stadt werden. So sieht es ein Leitantrag des Landesvorstands für den Parteitag jetzt am Samstag vor. Gemeint ist mit 15 Minuten die Zeitspanne, die fortan jeder Bürger maximal benötigen soll, um fußläufig – ausnahmsweise auch mit dem (Lasten-)Fahrrad oder natürlich ausnahmslos öffentlichen Verkehrsmitteln – jegliche lebensnotwendigen Erledigungen in der Umgebung seines klimaneutralen Wohnpferchs machen zu können. …….

„Nachhaltig und kompatibel" mit künftigen – wann immer es den Mächtigen beliebt ausgerufenen – Lockdowns wegen Klima, Feinstaub oder der nächsten „Pandemie" besteht dann bald überhaupt keine Notwendigkeit mehr, sich außerhalb des zugewiesenen Planquadrats zu bewegen – denn was darüber hinausgeht, ist ohnehin suspekt, weil klimaschädlich und bedenklich freizügig (Stichwort Zusammenrottungen, konspirative Treffen ohne Abstand, Demonstrationen). Zuhause eingesperrte Bürger und an der maximal 15-Minuten-Leine gehaltene Bürger sind nicht nur einfacher zu kontrollieren; sie verursachen auch keinen Fußabdruck mehr – schon gar keinen ökologischen. ……

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 1.3.2023

Mehr Geld fürs Militär und die „grüne Transformation": Dänemark streicht religiösen Feiertag

Die dänische Regierung hat den traditionellen Feiertag „Großer Bet-Tag" abgeschafft und zum Werktag erklärt. Grund: Mit den Mehreinnahmen soll das Militär finanziert werden. Gegen die Abschaffung hatte es laute Proteste gegeben.

Die Abgeordneten des dänischen Parlaments strichen den Feiertag mit 95 zu 68 Stimmen. Erhoffte Mehreinnahmen: rund 400 Millionen Euro. Als Ausgleich erhalten Arbeitnehmer 0,45 Prozent ihres Jahresgehalts oben drauf. „Ich denke nicht, dass es ein Problem ist, einen Tag mehr arbeiten zu müssen", sagte Regierungschefin Mette Frederiksen. Es stünden „enorme Ausgaben" für „Verteidigung" und „grüne Transformation" an.

Der „Große Bettag" hat in Dänemark Tradition. Er wird dort seit dem 17. Jahrhundert gefeiert.

https://www.focus.de/panorama/diebstahl-einbrueche-pluenderung-nrw-brisanter-report-enthuellt-wie-kriminelle-die-flutopfer-ausnutzten_id_186684487.html 24.2.2023

Über 1000 Fälle: Brisanter Report enthüllt, wie Kriminelle die Flutopfer ausplünderten

Die Flutkatastrophe 2021 hatte fatale Auswirkungen. Doch nicht nur die Zerstörung war groß, auch Überfälle und Plünderungen nahmen massiv zu. Das zeigt ein Papier aus NRW, das FOCUS online vorliegt.

Das Thema sorgte am 14. Februar für Brisanz in der Kabinettssitzung der schwarz-grünen NRW-Landesregierung. Im August 2022 hatte die AfD-Opposition einen langen Fragenkatalog zu den Plünderungen, Diebstählen und weiteren Straftaten während der Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 gestellt. Gut ein halbes Jahr später passierte die 65-seitige Antwort von Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) die Runde.

In dem Papier, das FOCUS online vorliegt, finden sich heikle Befunde wieder. Insgesamt registrierten Justiz und Polizei in den betroffenen Regionen 1057 Fälle, die mit der Flutwelle vom 14. auf den 15. Juli zusammenhängen. Nur knapp die Hälfte konnte bisher aufgeklärt werden

NRW: Diebstahl, Plünderungen und Wohnungseinbrüche nach der Flutkatastrophe

Bei den 632 Eigentumsdelikten haben die Beschuldigten „die Notsituation der Bevölkerung ausgenutzt", heißt es in dem Bericht. Die Palette reicht von einfachem Diebstahl bis hin zu schweren Delikten in Hotels, Geldinstituten oder auf Baustellen. Reihenweise wurden Autos oder Schmuck entwendet. Der Report registriert Unterschlagungen, Raubüberfälle, Plünderung der Auslagen von Geschäften sowie Dutzende Wohnungseinbrüche.

Von den 275 identifizierten Tatverdächtigen besaßen 196 keinen deutschen Pass. An der Spitze listet der Report 92 rumänische Staatsbürger auf, gefolgt von 13 Türken, zwölf Bulgaren, zwölf Serben und acht Syrern. Zwei Beschuldigte sind Mitglieder kurdisch-libanesischer Clans. ……

Vor dem Hintergrund, dass die Kriminalstatistik nicht gesondert Straftaten durch Deutsche mit Migrationshintergrund aufweist, stellte die AfD den umstrittenen Antrag, die Vornamen der deutschen Tatverdächtigen zu nennen. Auf Grund der parlamentarischen Auskunftspflicht kam das Justizministerium notgedrungen dem Ansinnen nach. Aussagekräftige Rückschlüsse liefert die Namensrubrik nicht. ……..

https://www.bild.de/regional/thueringen/thueringen-aktuell/lehrer-mangel-schulkinder-stehen-schon-auf-wartelisten-83006532.bild.html
23.2.2023

Lehrer-Mangel immer schlimmer: Schulkinder stehen schon auf Wartelisten

Seit Jahren fehlen in Thüringen über 1000 Lehrer.

Jetzt finden immer mehr Eltern nicht mal mehr einen Schulplatz für ihre Kinder. In Gera können bereits seit Weihnachten rund 100 Kinder nicht zur Schule gehen – stehen trotz Schulpflicht auf einer Warteliste.

Allein in Erfurt fehlen fürs kommende Schuljahr 380 Plätze für Schulanfänger.

OB Andreas Bausewein (49, SPD) zu BILD: „Wir haben nur noch ein halbes Jahr, um zu zaubern, müssen alles durchrechnen. Eine mögliche Lösung wäre Unterricht im Schicht-System an bestimmten Tagen. Auch ein groß angelegter Container-Bau wäre denkbar. Wir sind keine Hellseher, müssen aber davon ausgehen, dass sich die Lage weiter verschärft."

Die Stadt habe in den vergangenen acht Jahren 10 000 Flüchtlinge aufgenommen – in den vergangenen 12 Monaten allein 3000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Diesmal handle es sich nicht wie 2015 vorwiegend um junge Männer, sondern zu 90 Prozent um Frauen und Kinder. Der Freistaat rechnet dieses Jahr mit weiteren 16 000 Flüchtlingen.

Das Bildungsministerium spricht von einer angespannten Einschulungssituation. Die Anmeldeverfahren seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Neben einer Aufstockung der Klassengröße wie in Jena von 23 auf 25 Erstklässler werden auch Lösungen geprüft, Kinder aus größeren Städten auf nicht ausgelastete Schulen im Umland zu verteilen.

Landeselternsprecherin Claudia Koch lässt die Flüchtlings-Bewegung als alleinige Ausrede nicht gelten. Vielmehr sei die Sanierung der Schulen verschlafen worden.

https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/buergermeister-poker-in-berlin-giffey-kaempft-auch-um-pensions-millionen-82998280.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fpolitik%2Finla

nd%2Fpolitik-inland%2Fbuergermeister-poker-in-berlin-giffey-kaempft-auch-um-pensions-millionen-82998280.bildMobile.html 23.2.2023

Bürgermeister-Poker in Berlin: Giffey kämpft auch um Pensions-Millionen

Für Berlins Bürgermeisterin Franziska Giffey (44, SPD) geht's bei den aktuellen Koalitionsverhandlungen auch für sich selbst um sehr viel Geld.

Noch verhandelt Berlins amtierende Bürgermeisterin mit den Spitzen von Grünen und Linkspartei, um eine Koalition der Wahl-Verlierer zu bilden, die ihr das Amt sichert. Ob sie letztlich im Amt bleibt, hat auch Folgen für ihre Pensionsansprüche. Klartext: Es geht um viel Geld!

Fakt ist: Giffey war drei Jahre lang Bundesfamilienministerin und weniger als zwei Jahre Bürgermeisterin. Zu wenig für einen Anspruch auf Ruhegehalt; für die vollen vier Jahre fehlen Giffey mindestens zwei Jahre Amtszeit.

Wie viel ihr entgehen könnte, wenn sie sich nicht an die Macht klammert?

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler könnte eine nur vierjährige Amtszeit als Regierender Bürgermeister oder als Senator in Berlin dem betreffenden Politiker bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 80 Jahren einen „Gewinn" von mehr als zwei Millionen Euro einbringen. Inklusive Übergangs- und Ruhegehalt.

Wie die „Berliner Zeitung" zuerst aufschlüsselte, erhält ein Bundesminister eine Pension von 4660 Euro pro Monat – aber nur, wenn er oder sie vier Jahre im Amt war. Mit jedem weiteren Jahr als Regierungsmitglied steigt die Pension um weitere 400 Euro monatlich bis auf 12 060 Euro. Ex-Minister, die Abschläge in Kauf nehmen, können sogar schon mit 60 in Pension gehen.

Zum Vergleich: Die Durchschnittsrente für Normal-Bürger beträgt 1620,90 Euro brutto (West) bzw. 1598,40 Euro (Ost).

In Berlin sind die Regeln sogar weniger streng, dort ist eine Pensionierung für Senatoren und Bürgermeister bereits mit 55 möglich – ohne Abschlag!

Auch hierfür müsste Giffey ihr Amt normalerweise vier Jahre lang ausgeübt haben.

Als Bundesministerin war Giffey nur drei Jahre und 67 Tage tätig, verlor Amt und Doktortitel aufgrund einer Plagiatsaffäre. Als Regierende Bürgermeisterin von Berlin ist Giffey aufgrund der verpatzten Wahl und der anschließenden Neuwahl nur seit etwa über einem Jahr im Amt.

Giffey stehen aus ihrer Amtszeit als Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln zwar beamtenrechtliche Versorgungsansprüche zu, diese fallen aber bei Weitem nicht so großzügig aus wie das Bürgermeister-Ruhegehalt.

Brisant: Wenn Giffey aus dem Amt fliegt, könnte ausgerechnet Berlin-Wahlsieger Kai Wegner (50, CDU) als neuer Bürgermeister über das Ruhegehalt entscheiden. Wenn sich der neue Senat dazu entschließt, Giffeys Amtszeit als Bundesministerin anzurechnen, könnte sie ihre Bürgermeisterversorgung trotz krachender Wahlniederlage sichern.

https://test.rtde.tech/inland/163863-gesetzesverstoss-oder-einschuechterung-berliner-anwalt/ 25.2.2023

Gesetzesverstoß oder Einschüchterung? Berliner Anwalt bekommt nach Wahlwiederholung Polizeibesuch

Ein Berliner Anwalt erstreitet für seinen Mandanten Einsicht in die Akten und Dokumente zum Berliner Wahldebakel vom September 2021. Zudem vertritt er Mandanten im Streit um die von der grünen Verkehrssenatorin erzwungene Teilsperrung der Flaniermeile Friedrichstraße. Am 15. Februar klingelt dann die Polizei an der Tür seiner Kanzlei.

Drei Tage nach der jüngsten Wahlwiederholung am 12. Februar in Berlin bekam der Berliner Rechtsanwalt Marcel Templin unerwarteten und unangemeldeten Besuch in seiner Kanzlei. Die Polizei eskortierte Mitarbeiter des Amtsgerichts Tiergarten, um im Rahmen einer angeordneten Durchsuchung mutmaßlich in der Kanzlei befindliche Unterlagen zu konfiszieren.

Auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft hatte das Amtsgericht Tiergarten die Durchsuchung der Geschäfts- und Nebenräume des Anwalts genehmigt, da Templin vorgeworfen wird, gegen "die anwaltliche Schweigepflicht verstoßen" zu haben. Der Anwalt habe "maßgeblichen Anteil an der Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, den Bezirksparlamenten und zum Bundestag am 26. September 2021" gehabt, so die Darlegungen der Berliner Zeitung.

Marcel Templin hatte im Auftrag des ehemaligen FDP-Senatsabgeordneten Marcel Luthe beim Berliner Landesverfassungsgericht Einspruch gegen die Wahlen eingelegt und Akteneinsicht erstritten. Die Dokumente und ihr inhaltliche Öffentlichmachung waren mitverantwortlich für die Wahlwiederholung am 12. Februar. Der Artikel der Berliner Zeitung erläutert zu den Hintergründen der polizeilichen Aktion:

"Dass kurz nach der Wahl – ausgestellt war der Durchsuchungsbeschluss bereits am 6. Januar – Templins Kanzlei durchsucht wurde, liegt vermutlich an einer Beschwerde, die bei der Rechtsanwaltskammer oder der Staatsanwaltschaft einging."

Darin werden dem Anwalt "berufsrechtliche Verstöße wie die Nichteinhaltung der Schweigepflicht" vorgeworfen. Mitarbeiter Templins hätten nach Ansicht des Beschwerdeführers "Fotos von Wahlprotokollen veröffentlicht" – ein Vorgang, der für Mitarbeiter von Anwälten ohne Zustimmung verboten ist.

Templin reagierte laut der Berliner Zeitung auf die Vorwürfe mit der Erläuterung, dass "das allerdings gar nicht seine Mitarbeiter gewesen" seien und er "lediglich den Antrag auf Akteneinsicht beim Berliner Verfassungsgericht für seinen Mandanten Marcel Luthe gestellt hatte".

Im Hinblick auf die Rolle des ehemaligen Senatsabgeordneten heißt es in dem Artikel, dass Luthe selbst "im Rahmen seiner Akteneinsicht mehrere Helfer angeheuert hatte". Diese sichteten beim Gericht "die in Kartons

lagernden 30.000 Seiten Wahlunterlagen aus den Bezirken" und fotografierten Teile davon ab. Anschließend wurden die Fotos durch Marcel Luthe, nicht Anwalt Templin, den Medien zur Verfügung gestellt. Luthe wird mit den Worten zitiert: "Das sind keine Geheimdokumente, sondern hoch öffentliche Unterlagen", womit er sich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf aus dem Jahr 2002 bezog. ……

https://exxpress.at/nach-wiederholter-kritik-an-corona-massnahmen-uni-aus-fuer-ulrike-guerot/ 24.2.2023

Nach wiederholter Kritik an Corona-Maßnahmen: Uni trennt sich von Ulrike Guerot

Die Universität Bonn will sich von der streitbaren Professorin und Autorin Ulrike Guérot trennen. Laut Universität hat sich die Professorin des Plagiats schuldig gemacht. Guérot wehrt sich. Sie sieht vielmehr ihre umstrittenen Meinungen zu den Corona-Maßnahmen und Putins Krieg hinter dem Rausschmiss.

Die Universität Bonn will Ulrike Guérot Ende März kündigen. Erst im Jahr 2021 hat die Uni den Lehrstuhl für Europapolitik an Guérot vergeben. Die Autorin hatte sich zu dem Zeitpunkt unter anderem öffentlich damit hervorgetan, sich für ein Ende der Nationalstaaten und eine „Europäische Republik" auszusprechen, berichtet "Tichys Einblick".

Schon damals sah sie sich Vorwürfen ausgesetzt, dass sie und ihr österreichischer Co-Autor Robert Menasse in dem „Manifest für die Begründung einer Europäischen Republik" 2013 wissenschaftlich unsauber gearbeitet, ja Zitate herbeigebogen hätten.

Damals gab sie dem Co-Autor die Schuld an den Fehlern. Aber auch zu ihrem Werk „Warum Europa eine Republik werden muss!" aus dem Jahr 2016 gab es Vorwürfe – dieses Mal wegen Plagiats. Unter anderem mit diesem Buch begründet die Universität Bonn nun die beabsichtigte Trennung.

Guérot hinterfragte Corona-Maßnahmen und zeigte Verständnis für Putin nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine

Guérot wehrt sich gegen diese Vorwürfe. Ihr wichtigstes Argument lautet: Die angeführten Bücher und die Vorwürfe seien der Universität bei ihrer Berufung 2021 schon bekannt gewesen. Damals habe niemand an der Arbeit Anstoß genommen, zumal diese Bücher nicht den Anspruch erhöben, wissenschaftliche Arbeiten zu sein.

Guérot vermutet hinter der Abberufung eine Kampagne gegen sie. Für diese These gibt es Indizien. Seit der Pandemie hat sich Guérot abweichend von der Mehrheitsmeinung der Medien- und Politlandschaft geäußert. Sie hinterfragte nicht nur wiederholt die Legitimität der Corona-Maßnahmen, Stichwort Lockdowns, sondern äußerte auch Verständnis für die Motive des russischen Präsidenten Wladimir Putin beim Einmarsch in die Ukraine. ……

https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Krieg-und-Konflikt-mit-Russland-Bundeswehrverband-rechnet-mit-Kriegsjahrzehnt-article23945088.html
28.2.2023

Bundeswehrverband rechnet mit Kriegsjahrzehnt

Ein Jahr nach dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine.

…..Der Chef des Bundeswehrverbandes, Andre Wüstner, erwartet, dass der Konflikt mit Russland für die NATO und Deutschland noch eine Dekade dauern könnte. "Es wäre naiv zu glauben, dass der Krieg in diesem Jahr vorbei sein wird", sagte Wüstner der "Bild am Sonntag".

"Putin wird vorerst von seinen Kriegszielen nicht abweichen. Er wird weiter versuchen, Europa zu destabilisieren. Innenpolitisch bereitet er die russische Bevölkerung auf einen langfristigen Systemkonflikt mit dem Westen vor. Wir erleben ein Kriegsjahrzehnt in Europa. Die NATO und Deutschland müssen sich strategisch auf eine Dekade an Bedrohung ausrichten."

Wüstner hält Bundeswehr nicht für abwehrbereit

Wüstner drängt daher auf eine schnellere Aus- und Aufrüstung bei der Bundeswehr. "Ob bei Material, Personal oder Infrastruktur, es braucht in dieser Legislaturperiode eine echte, in der Truppe spürbare Wende, sonst war's das mit der Zeitenwende." Derzeit hält Wüstner die Bundeswehr weder für voll einsatzfähig noch für abwehrbereit. "Das war die Bundeswehr zu Beginn des Kriegs in der Ukraine schon nicht. Aktuell erfüllt sie die zugewiesenen Aufträge, aber das ist nichts im Vergleich zu dem, was wir in die NATO künftig einbringen müssen", sagte Wüstner.
…….

https://exxpress.at/groesste-gefahr-seit-2-weltkrieg-usa-verlegen-20-000-soldaten-nach-europa/ 25.2.2023

"Größte Gefahr seit 2. Weltkrieg": USA verlegen 20.000 Soldaten nach Europa

Seit einem Jahr tobt der Krieg in der Ukraine. US-Verteidigungsminister Austin warnt nun in einem Statement vor der "größten Gefahr für die europäische Sicherheit seit dem Zweitem Weltkrieg". Deshalb haben die USA mehr als 20.000 zusätzliche Soldaten nach Europa verlegt.

"Die Vereinigten Staaten haben Nationen guten Willens aus der ganzen Welt um sich geschart, um die russische Aggression zu verurteilen und der Ukraine die dringend benötigte Hilfe zukommen zu lassen", erklärte der US-Verteidigungsminister Lloyd J. Austin zum Jahrestag des Ukraine-Krieges. Als Reaktion auf die "größte Gefahr für die europäische Sicherheit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs" haben die USA gemeinsam mit Verbündeten rasch gehandelt, um die NATO weiter zu vereinigen und zu stärken.

"Das Bündnis hat seine Verteidigungskräfte an der Ostflanke verstärkt. In der Zwischenzeit haben die Vereinigten Staaten mehr als 20.000 zusätzliche US-Streitkräfte nach Europa verlegt oder verlängert und die

ersten ständigen US-Streitkräfte an der Ostflanke der NATO stationiert", erklärte Austin weiter. …….

https://pleiteticker.de/schock-aussage-von-pistorius-bundeswehr-nicht-verteidigungsfaehig/ 1.3.2023

Schock-Aussage von Pistorius: Bundeswehr „nicht verteidigungsfähig"

Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) spricht aus, was politischen Beobachtern und Experten jahrelang klar war: Die Bundeswehr ist keine Bundeswehr, sondern eine Trümmer-Truppe!

„Wir haben keine Streitkräfte, die verteidigungsfähig sind, also verteidigungsfähig gegenüber einem offensiv brutal geführten Angriffs-Krieg", sagte Pistorius zu BILD.

Der oberste Befehlshaber der deutschen Streitkräfte gibt damit offen zu, was Politiker über Jahre verschwiegen und beschönigt haben: Dass die Bundeswehr für den Verteidigungsfall weder gerüstet ist, noch Deutschland oder seine Verbündeten gegen einen Angreifer wie die russische Armee verteidigen könnte.

Dabei ist es eigentlich die verfassungsgemäße Aufgabe der Bundeswehr, „Deutschlands Souveränität" zu verteidigen „sowie das Staatsgebiet und seine Bürger" zu schützen.

Weiterhin kein Fokus auf Militär-Ausgaben

Umso bemerkenswerter, dass die Ampel-Regierung bei den Verteidigungsausgaben weiterhin deutlich hinter dem international vereinbarten Zwei-Prozent-Ziel zurückbleibt, wonach zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Rüstung investiert werden sollen: Laut dem ifo-Institut würden bis zu 26 Milliarden Euro an Militärausgaben fehlen, um allein dieses Ziel zu erreichen.

CDU-Chef Friedrich Merz kritisiert indes, dass das 100 Milliarden Euro-Sondervermögen von der Bundesregierung auch ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und der angekündigten „Zeitenwende"

durch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) noch nicht angetastet worden ist: „Ein Jahr später müssen wir feststellen, dass von diesen 100 Milliarden Euro noch nichts ausgegeben worden ist", so Merz in den Tagesthemen.

Bisher seien lediglich Bestellungen getätigt worden, so Merz, und weiter: „Aber die ganzen Bestellungen hätten im letzten Jahr gemacht werden können." Auch aus der Ampel-Regierung selbst wurde bereits gleichklingende Kritik laut.

https://pleiteticker.de/videobeitrag-pflegeheim-kuendigt-bewohnern-alte-raus-fluechtlinge-rein/ 1.3.2023

„Am Fahrstuhl festgehalten, weil sie nicht wegwollten": Pflegeheim kündigt Bewohnern – Alte raus, Flüchtlinge rein

Ein Seniorenheim in Berlin wird zum Brennpunkt und Sinnbild der aktuellen Migrationskrise: 110 Bewohner werden vor die Tür gesetzt – damit Flüchtlinge einziehen können. Pleiteticker.de war vor Ort und hat mit Angehörigen, Anwohnern und Pflegern gesprochen.

Rund 1,4 Millionen Migranten sind innerhalb kurzer Zeit als echte oder vermeintliche Flüchtlinge nach Deutschland gekommen – zu viele, wie sich nun ganz deutlich zeigt. Die Kommunen sind vielerorts völlig mit der Unterbringung der Menschen überfordert. Doch nicht nur kleine Kommunen wie Upahl oder Grevesmühlen scheinen nicht mehr zu wissen, wo man Flüchtlinge und Asylsuchende unterbringen soll. In Berlin-Wedding setzt ein Seniorenheim nun seine Bewohner vor die Tür – um Flüchtlinge aufzunehmen.

Mehr als 110 alte Menschen, teils schwerst pflegebedürftig, verlieren ihr Zuhause im Seniorenheim am Schillerpark. Bereits im vergangenen Jahr, zum 31. Dezember 2022 mussten alle Bewohner des dritten und vierten Stockwerks Johannesstift-Domizils aus- oder umziehen, um Platz für Flüchtlinge zu machen. Jetzt müssen die restlichen Senioren den Ort verlassen, der ihr letztes Zuhause sein sollte. Die teils hochbetagten Einwohner verstehen die Welt nicht mehr, berichteten Angehörige

Pleiteticker.de vor Ort. „Sie begreift das gar nicht", sagt eine Frau, die anonym bleiben möchte, über ihre Mutter, die das Pflegeheim am Schillerpark verlassen muss. ……

„Die Bewohner waren sehr traurig, schockiert. Unter anderem waren da auch Bewohner, die sich am Fahrstuhl festgehalten haben, weil sie nicht wegwollten" – das erzählte uns eine Pflegerin aus der Einrichtung, die anonym bleiben möchte. …….

Von einer Anwohnerin erfuhren wir exklusiv, dass bereits Flüchtlinge im Haus untergebracht seien – im dritten und vierten Stock, dort wo man die Senioren schon zum 31. Dezember 2022 gekündigt hatte. Weitere Anwohner bestätigen die Aussage der Frau – wir selbst sehen vor Ort, dass die Stockwerke bewohnt sind. Ein junger ausländischer Mann raucht auf dem Balkon, andere gucken aus dem Fenster.

https://pleiteticker.de/exklusiv-baustopp-gegen-fluechtlingsunterkunft-beantragt-upahl-wehrt-sich-vor-gericht/ 1.3.2023

Exklusiv: Baustopp gegen Flüchtlingsunterkunft beantragt – Upahl wehrt sich vor Gericht

Erstmals geht eine Bürgerin der 508-Seelen-Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern juristisch gegen den Landkreis Nordwestmecklenburg und das geplante Containerdorf vor.

Erstmalig geht eine Bürgerin der Gemeinde Upahl rechtlich gegen den geplanten Bau der Flüchtlingsunterkunft vor: Die Versicherungskontorin Anika Reisch hat beim Verwaltungsgericht Schwerin Antrag auf einen Baustopp des vor Ort geplanten Containerdorfs eingereicht. In der Klageschrift an den Antragsgegner, den Landkreis Nordwestmecklenburg, die „Achtung, Reichelt!" exklusiv vorliegt, wird beantragt, die Bauarbeiten zur Errichtung der Unterkunft für bis zu 500 Geflüchtete einzustellen. Weiter sollen bereits errichtete Container und Fundamente auf dem Grundstück beseitigt werden.

In dem Dokument heißt es, dass die Antragstellerin Eigentümerin eines Grundstückes „in unmittelbarer Nachbarschaft der geplanten Flüchtlingsunterkunft" sei und durch die direkte Nähe „einen Wertverlust ihres Grundstückes" sowie die „Beeinträchtigung ihres ausgeübten Gewerbebetriebes" befürchte. Als Versicherungsmaklerin sei Frau Reisch darauf angewiesen, dass Kunden „ungehindert und unbeschwert" ihre Büroräume erreichen können.

Die Gemeinde Upahl in Mecklenburg-Vorpommern war im Januar 2023 in die bundesweite Öffentlichkeit geraten, als bekannt wurde, dass ein Containerdorf für so viel Geflüchtete wie Einwohner entstehen soll. Die Bürger der Gemeinde wurden damals nicht vorab über die Pläne des Landrats informiert. Schnell formierte sich Protest. Die Antragstellerin in der Klageschrift, Anika Reisch, führte diesen Bürgerprotest an und organisierte binnen weniger Tage mehr als 1.500 Unterschriften, die sich gegen die geplante Errichtung aussprechen.

In der Klageschrift heißt es weiter, dass die Errichtung der geplanten Unterkunft illegal sei, weil entsprechende Bauanträge fehlten. Und: Eine Baugenehmigung könne auch deshalb nicht erteilt werden, weil der Bebauungsplan vorsieht, dass sich auf dem Areal Gewerbe und Industrie, nicht aber Unterkünfte für Menschen ansiedeln können. Eine Abwägung der Interessen habe zudem nicht stattgefunden; nachbarliche Interessen seien nicht gewürdigt worden. ……..

https://www.n-tv.de/panorama/Mindestens-32-Tote-bei-Zugunglueck-in-Griechenland-article23951861.html 1.3.2023

Mindestens 32 Tote bei Zugunglück in Griechenland

350 Reisende sind in der Nacht unterwegs von Athen nach Thessaloniki, als ihr Zug frontal mit einem Güterzug zusammenstößt. Vier Waggons entgleisen, Feuer bricht aus. Das Ausmaß der Katastrophe wird erst im

Laufe der Nacht klar. Berichte über technische Probleme auf der Strecke deuten auf eine mögliche Unfallursache hin.

Bei einem schweren Zugunglück in Griechenland sind in der Nacht zu Mittwoch nach Angaben der Feuerwehr mindestens 32 Menschen ums Leben gekommen. Weitere 53 Menschen wurden schwer verletzt und in Krankenhäusern behandelt. "Die Such- und Rettungsaktion dauert an", sagte ein Sprecher der Feuerwehr im Staatsfernsehen weiter. "Es ist eine Tragödie", sagte ein Feuerwehrmann im Staatsfernsehen aus dem Unglücksort nahe der Stadt Larissa.

Über die Umstände des Unglücks lagen keine Einzelheiten aus offiziellen Quellen vor. Ein aus Athen gestarteter Personenzug stieß nach ersten Angaben von Eisenbahnern frontal mit einem aus der Gegenrichtung - aus der nordgriechischen Hafenstadt Thessaloniki - kommenden Güterzug zusammen. Der Personenzug war der Intercity 62, der aus Athen um 19.22 Uhr am Dienstagabend mit rund 350 Reisenden nach Thessaloniki gestartet war. …..